

In dieser Ausgabe:

Stadtwerke werden teilprivatisiert
S. 3

Cross Border Leasing wird teuer
S. 6

Wuppertal-Pass
S. 8

Kulturticket
S. 9

Hauptschule Cronenberg: Bürgerwillen missachtet

Am 15. September 2008 hat die Ratsmehrheit aus CDU und SPD den Beschluss gefasst, das Bürgerbegehren gegen die Schließung der Hauptschule Berghauser Straße in Cronenberg für unzulässig zu erklären. Alle Oppositionsfraktionen stimmten gegen diesen Beschluss. Die Bürgerinitiative für den Erhalt der Schule hatte in wenigen Wochen 14.959 Unterschriften gesammelt. Das zeigt deutlich, was die Bürger von ihrer Stadt erwarten.

Was die Bürger von ihrer Stadt erwarten können, zeigte sich dann. Die Stadt hat zu keinem Zeitpunkt vorgehabt, sich nach dem Votum der Bürger zu richten. Schon bei der Übergabe der Unterschriftenlisten Anfang August deutete Oberbürgermeister Jung an, dass man den Deckungsvorschlag ablehnen werde.

Kurz vor der Ratssitzung wurde bekannt, dass die Verwaltung den Kostendeckungsvorschlag der Bürgerinitiative erstens für zu niedrig hält und 2. für unvereinbar mit dem Haushaltsrecht. Nach dem im Frühjahr vom Rat verabschiedeten "Schulentwicklungsplan" gilt die Hauptschule Cronenberg als "freiwillige Leistung". Abgesehen davon, dass diese Fragen noch längst nicht geklärt sind und die Bürgerinitiative noch überlegt, den Klageweg zu beschreiten, ist es überhaupt fraglich, ob der OB und die Verwaltung die alleinige Deutungshoheit haben über die Folgekosten jedweder städtischen Maßnahme.

Darüber hinaus kritisieren wir, dass bei einem Bürgerbegehren überhaupt ein Kostendeckungsvorschlag verlangt wird. Das ist der demokratischen Kultur auf kommunaler Ebene mehr als abträglich: Kommt die Bürgerinitiative wie hier



Fraktionsvorsitzender Zielezinski mit der Sprecherin der Bürgerinitiative, Ute Danowski, vor der Übergabe der Unterschriften.

Forts. von Seite 1

im Fall Cronenberg zu anderen Ergebnissen als die Verwaltung, so findet das keinerlei Berücksichtigung.

Also: Folgt die Ratsmehrheit der Deutung der Verwaltung, die wiederum im Auftrag der Ratsmehrheit arbeitet, dann hat kein Bürgerbegehren, das eine Entscheidung der Ratsmehrheit aufheben will, jemals eine Chance. Den WuppertalerInnen ist ein Mittel der direkten Teilhabe an der politischen Kultur genommen.

PS.: Wir sind mehrfach gefragt worden, warum wir als Vertreter der Politik EINE SCHULE FÜR ALLE für den Erhalt der Cronenberger Hauptschule eintreten. In Wuppertal aber gibt es keine zukunftsorientierte Schulentwicklungsplanung. Deshalb müssen gegenwärtig ALLE Schulen erhalten bleiben. Schulschließungen verschlechtern die Situation nur noch, weil dadurch Klassen vergrößert werden. Die Hauptschule Cronenberg muss so lange erhalten bleiben, bis in dieser Stadt eine zukunftsfähige und an Bildungsinteressen orientierte Politik Platz greift.

***Liebe Leserin,
lieber Leser,***

manch einer wird bemerken oder bemerkt haben, dass seit der im April erschienenen letzten Nummer 9 unserer Zeitung viel Zeit verstrichen ist und dass diese Zeitung die Nummer 11 trägt. Das liegt daran, dass die Nummer 10 vom Juni nur als Online-Ausgabe im Internet erscheinen konnte (nachzulesen unter www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de).

Im April nämlich kamen die Fraktionen von CDU und SPD unvermittelt auf die Idee, die Gelder der kleinen Fraktionen umgehend radikal zusammenzukürzen. Dadurch wäre kein Geld mehr für die Zeitung da gewesen, und es wären sogar Einschnitte beim Personal nötig gewesen. Es hat etwa zwei Monate gebraucht, bis die großen Fraktionen eingesehen haben, dass dieses Vorgehen rechtlich reichlich fragwürdig ist und die Stadt eine auf Rechtssicherheit zumindest für die Beschäftigten der Fraktionen bestehende Klage sicher verlieren würde.

Nun haben sie auf der letzten Ratssitzung am 15.9. die Kürzungen beschlossen, allerdings erst ab der nächsten Wahlperiode. Wir haben dagegen gestimmt. Zwar sind wir mit Kürzungen für die Fraktionen grundsätzlich einverstanden, allerdings sollten sie alle Fraktionen in gleichem Maße betreffen. Mal sehen, was die Kommunalwahl im nächsten Jahr bringen wird.

*Elisabeth August
Elke von der Beeck
Gerd-Peter Zielezinski*



Das Heizkraftwerk Barmen wurde früher „Eltwerk“ genannt.

Nix gelernt

Energieriese steigt bei den Stadtwerken ein

In seiner Sitzung vom 15. September 2008 hat der Rat der Stadt mit großer Mehrheit dem Teilverkauf der Wuppertaler Stadtwerke Energie & Wasser AG gegen die Stimmen der kleinen Fraktionen beschlossen. Damit hält der Konzern Gaz de France Suez, drittgrößter Energieriese der Welt, über seine deutsche Tochter Electrabel knapp ein Drittel der Wuppertaler Energieversorgung.

Der Fraktionsvorsitzende der offenen Liste DIE LINKE, Gerd-Peter Zielezinski, der auch Mitglied der WSW-Ratskommission ist, sagte in seiner Rede im Rat: "Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in private Hände gehört." Die Grundversorgung der Bevölkerung muss von Profitinteressen freigehalten werden.

Dieser Ansicht ist auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, und das weiß auch die SPD. Deren Fraktionsvorsitzender Klaus Jürgen Reese äußerte denn auch ebenso bemerkenswerter- wie rätselhafterweise in einer Zeitungsanzeige: "Es ist gut, dass wir den Forderungen nach einer Privatisierung nicht nachgegeben haben. Wir hätten wertvolles öffentliches Eigentum verschleudert." Zielezinski dazu: "Was ist der Teilverkauf anderes als Teilprivatisierung, folglich Teilverschleuderung?"

Weiter auf Seite 4

Forts. von Seite 3

Wuppertal hat bereits Erfahrung mit der Teilprivatisierung seiner Stadtwerke. 2003 hatte der Rat dem Verkauf von Anteilen des Versorgungsbereichs der Stadtwerke an RWE und Cegedel zugestimmt, übrigens gegen die Stimmen unserer damaligen Ratsgruppe. Vier lange Jahre hat es gedauert, bis die Verantwortlichen im Tal gemerkt haben, dass RWE ganz andere Ziele verfolgt hat als die möglichst preisgünstige, zuverlässige und umweltverträgliche Versorgung der Wuppertaler mit Energie und Wasser. Am 25. September 2007 wurde im Rat beschlossen, den Vertrag zu kündigen. Als ob es ein Schicksal wäre, dem man nicht entweichen kann, wurde in derselben Sitzung der Beschluss gefasst, einen neuen Käufer zu finden. Glaubt man wirklich, ein anderer Energiekonzern hätte andere Ziele, als möglichst hohe Rendite zu erzielen? Glaubt man wirklich, ein anderer Energiekonzern, und GdF/Suez ist um ein Vielfaches größer als die eben nicht kleine RWE, sei von den Stadtwerken zu kontrollieren? Gerd-Peter Zielezinski meint: "Auch wenn, neben den Stadtwerken von Saarbrücken und Gera, Wuppertal in Deutschland der größte ‚Partner‘ von GdF/Suez ist, bleibt es lächerlich, davon zu reden, dies sei eine ‚Partnerschaft auf Augenhöhe‘. Wuppertal ist für den Konzern nur ein Mosaiksteinchen auf dem europäischen Markt." "Partnerschaft" auf gleicher Augenhöhe mit mit Gaz de France Suez, einem Unternehmen mit einem Gesamtbörsenwert von ca. 90 Milliarden Euro und einem Umsatz von 72 Milliarden Euro, das ist einfach nicht vorstellbar.

Es ist auch das Bild vom Hecht im Karpfenteich bemüht worden. Richtiger wäre es hier aber, von den Stadtwerken als Köderfisch oder Regenwurm zu reden. Der ist weder des Anglers "Partner" noch des Fisches. GdF Suez bzw. Electrabel bieten den Stadtwerken z.Z. relativ günstige Bedingungen, um einen Fuß in die Tür des deutschen Strommarkts zu bekommen. Gera und Saarbrücken sind zusammen nur gut halb so groß wie Wuppertal. Dennoch bietet auch der gegenwärtige Vertrag viel Fragwürdiges. Ohne den Energieriesen kann auf dem Wuppertaler Energiesektor nichts mehr entschieden werden. "Umgekehrt", so Zielezinski, "geht dagegen nichts - das zum Thema Augenhöhe ... Die wirtschaftliche Potenz der WSW ist zu gering, als dass sie Entscheidungen von GdF Suez beeinflussen könnte."

Ökologische Unverträglichkeit

Der Vertrag mit Electrabel schließt keineswegs aus, dass der gelieferte Strom aus den Atommeilern des Mutterkonzerns kommen kann.

Das geplante Steinkohlekraftwerk in Wilhelmshaven ist ein "Klimakiller". So jedenfalls formulierte es im Frühjahr die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen, und so sehen es auch Greenpeace und der BUND. Der geplante Meiler würde jährlich allein 4,2 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich ausstoßen. Das ist so viel, wie die Stadt Hamburg im Straßenverkehr emittiert. Auch mit der Effizienz des Kraftwerks ist es nicht weit her: Die anfallende Abwärme wird ungenutzt in die Umwelt freigesetzt. Bei dezentraler Stromproduktion wäre hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung möglich.

Weiter auf Seite 5

Forts. von Seite 4

Teilverkauf der Stadtwerke

Quersubventionierung gefährdet?

Der Vertrag mit RWE wurde im vergangenen Jahr nicht zuletzt wegen der nicht geleisteten Sacheinlagen rückgängig gemacht. Die Sacheinlagen stehen zum größten Teil auch diesmal zunächst nur auf dem Papier.

Um alle Optionen, die der Vertrag einräumt, nämlich Investitionen in geplante Kraftwerke tätigen zu können, müssen die Stadtwerke erst einmal ein Darlehen in Höhe von 221 Millionen Euro aufnehmen. Bislang aber ist durch die Gewinne der WSW-Sparte Energieversorgung die Verluste einfahrende Sparte Verkehr quersubventioniert worden. Zielezinski: "Wir bezweifeln, dass nach Abfluss der Dividenden und der Tilgung des Darlehens der Restgewinn ausreicht, die notwendigen Mittel für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Einschnitte in den ÖPNV sind also vorprogrammiert. Das bestärkt uns nur in unserer grundsätzlichen Meinung, dass die öffentliche Daseinsvorsorge nicht in private Hände gehört."

Viele sehen das genauso. In München hat die Gewerkschaft ver.di eine Kampagne unter der Losung "Mein München – Meine Stadtwerke" gestartet. In Leipzig hat sich die Bevölkerung Anfang des Jahres in einem Bürgerentscheid erfolgreich die Teilprivatisierung ihrer Stadtwerke gewehrt. 49,9 Prozent der dortigen Stadtwerke sollten nach dem Willen der Ratsmehrheit an Gaz de France verkauft werden. Die Ratsmehrheit repräsentierte aber nicht die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung: 87 Prozent der Leipziger haben sich nämlich gegen den Verkauf ausgesprochen. Die Bürgerinitiative, die den Entscheid erzwungen hat, wurde von Betriebsräten, ver.di, den Grünen und natürlich der LINKEN unterstützt. Es gibt aber auch Parallelen zu Wuppertal: Nicht nur heißt der Oberbürgermeister dort auch Jung, sondern vor vier Jahren gab es auch in Leipzig einen Rückkauf nach einer erfolglosen Teilprivatisierung. Dort war es ebenfalls RWE, die Anteile erworben hatte.

Die Leipziger haben aus dem damaligen Fehler gelernt.

Brötchengeber

Die Online-Ausgabe der französischen Tageszeitung "Le Monde" berichtete am 28.5.2008, dass Gérard Mestrallet, Vorstandsvorsitzender von Suez, im Jahr 2007 neben seinen regulären Bezügen durch den gestiegenen Wert seiner Stock Options (eine Art Mitarbeiter-Vorzugsaktien) weitere 15,54 Millionen Euro kassiert hat. Jetzt ist Mestrallet Vorstandsvorsitzender von Gaz de France Suez, und die Beschäftigten der Wuppertaler Stadtwerke dürfen nun auch ihr Scherflein zu seinem Lebensunterhalt beisteuern.



Das städtische Kanalnetz wurde im Jahr 2002 veräußert.

Fauler Trick Cross Border Leasing:

Wie die Stadt einmal besonders schlau war

Die Banken- und Finanzkrise in den USA hat Auswirkungen auch auf Wuppertal. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Stadt in den Jahren 1999 und 2002 das Müllheizkraftwerk und das städtische Kanalnetz an amerikanische Investoren verleast hat, um sie anschließend von diesen anzumieten. Damals galt das bei vielen Leuten als besonders pfiffig. Die amerikanischen Investoren nutzten ein Schlupfloch in der US-Finanzgesetzgebung, und viele der notorisch klammen deutschen Kommunen hofften so ans schnelle Geld zu kommen. Der Hauptgeschädigte dabei war der amerikanische Fiskus. Seit 2004 sind solche Geschäfte in den USA untersagt.

Es geht im Wuppertaler Fall um große Beträge (Kanalnetz: 300 Mio. Dollar), die von US-amerikanischen Banken nach dortigem Recht abgewickelt werden. Dazu benötigt man Rechtsanwälte und Versicherungen vor Ort. Zur Zeit, im Zuge der Krise, sieht es so aus, als sei die Bonität der beauftragten Banken in Frage gestellt, so dass andere Banken gefunden werden müssen. Das könnte nach externen Schätzungen Kosten von bis zu 1 Million Dollar verursachen, denn daran wollen wieder Banken, Anwälte und Versicherungen verdienen, die neue Verträge erstellen müssen. Der Bochumer Stadtkämmerer Manfred Busch, dessen Stadt in einer ähnlichen Lage wie Wuppertal ist, hofft für Bochum, dass die Kosten niedriger sind als die damaligen Gewinne aus dem Verkauf.

Weiter auf Seite 7

Forts. von Seite 6

Unsere Fraktion will sich in einer schriftlichen Anfrage nach der Höhe dieser Kosten erkundigen. Wir sind auf die Antwort gespannt.

Beim Abschluss dieser sog. Cross Border Leasing-Verträge haben sich die Stadtverordneten der LINKEN (damals noch Ratsgruppe der PDS) als einzige dagegen gewandt und im Rat auch entsprechend gestimmt. Die Begründung: Solche Verträge bergen unkalkulierbare Risiken. Dass wir so schnell bestätigt werden würden, haben wir damals allerdings nicht gedacht.

Aber es kann noch viel passieren. Die beiden Verträge laufen noch mindestens bis 2023 bzw. 2032.

Nachtrag:

Laut WZ vom 27.9.2008 soll es sich bei einem der Finanzinstitute um den US-Versicherungskonzern AIG handeln. Um AIG vor der Insolvenz zu retten, hat die US-Notenbank den Konzern mit einem Kredit in Höhe von 85 Milliarden Dollar gestützt. Ohne die Intervention der US-Notenbank wäre AIG noch am selben Tag Pleite gegangen, und der Rückerwerb des Kanalnetzes und des Müllheizkraftwerks wäre nicht mehr möglich gewesen. Das Risikomanagement der Stadt hat offensichtlich nicht funktioniert.

Glückssache Bildung?

"Nur wer lebenslang lernt und sich flexibel zeigt, wird zukünftig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben." Solche oder ähnliche Aussagen sind aus Politikerreden sattsam bekannt. Wer jene RednerInnen beim Wort nimmt, wird allerdings schnell mit der rauen Wirklichkeit konfrontiert werden.

So haben erwerbslose WuppertalerInnen, die mit einer Weiterbildung oder Umschulung einen Weg aus der Arbeitslosigkeit suchen, aktuell Schwierigkeiten, derartige Möglichkeiten überhaupt wahrnehmen zu können. Die Töpfe der Wuppertaler ARGE für die finanzielle Unterstützung von Weiterbildungsmaßnahmen sind nämlich gegenwärtig offenbar leer. Dies zeigen jedenfalls Erfahrungsberichte von Betroffenen.

Wer als Erwerbslose(r) eine Weiterbildung anstrebt, muss seit dem 1. Januar 2003 einen Antrag auf einen so genannten "Bildungsgutschein" stellen. Dieses aus den USA stammende Modell eignet sich seit seiner Einführung vor allem zur Kostendämpfung:

Die Fördergelder im Bereich der Weiterbildung wurden in den vergangenen Jahren kräftig zurückgefahren. Sichtbare Folgen sind auch die Klagen der Bildungsinstitute über rückläufige Teilnehmerzahlen. Die Bildungsgutscheine werden von den Agenturen und ARGEen dementsprechend nur sehr zurückhaltend und je nach Finanzlage ausgegeben. Von behördlicher Seite wird betont: "Einen Rechtsanspruch auf einen Bildungsgutschein gibt es nicht. Über die Bewilligung entscheiden die Fallmanager."

Arbeitslosen wird von der ARGE Wuppertal mitgeteilt, dass sie es ja im nächsten Jahr mit dem Erwerb eines Bildungsgutscheins noch mal versuchen könnten, vielleicht klappe es ja dann. Bildung nach Kassenlage, als "Gutschein-Lotterie"? Soziale Politik, in der Bildung keine hohle Phrase ist, sieht anders aus.

Wuppertal-Pass

Wie in zahlreichen anderen Städten können Empfänger von Leistungen nach SGB II und SGB XII auch in Wuppertal verschiedene Angebote der Stadt gratis oder verbilligt in Anspruch nehmen. Nach Auskunft der Stadtverwaltung sind potentiell 30 000 Personen in Wuppertal dazu berechtigt. Ausgestellt werden in jedem Jahr allerdings nur rund 5 000 Exemplare des Wuppertal-Passes, d.h. dass etwa 25 000 Anspruchsberechtigte auf diese Vergünstigung verzichten.

Was bietet der Wuppertal-Pass?

Der Wuppertal-Pass bietet seinen Inhabern z. Z. folgende Vergünstigungen:

- auf Antrag Schulgeldermäßigung bei der **Bergischen Musikschule**
- ermäßigter Eintritt im **Von der Heydt-Museum**
- Halbierung der Kursgebühren bei der **Volkshochschule**
- Halbierung der Kursgebühren bei der **Familienbildungsstätte**
- kostenloser Benutzerausweis der **Stadtbibliothek**
- kostenlose Teilnahme an einem Kurs des **Stadtbetriebs Jugend und Freizeit**
- ermäßigter Eintritt in die städtischen **Schwimmbäder**
- ermäßigte Gebühren für **Wohnberechtigungsbescheinigungen**
- ermäßigter Eintritt in den **Wuppertaler Zoo**
- ermäßigter Eintritt bei den **Wuppertaler Bühnen**
- kostenlose Kursteilnahme die der **katholischen Familienbildungsstätte**
- ermäßigter Eintritt ins **Freibad Neuenhof**

Andere Städte gewähren mehr Leistungen. Köln-Pass-Inhaber etwa haben Anspruch auf günstigere Fahrpreise bei den Kölner Verkehrsbetrieben. Dies gibt es für Mülheim-Pass-Besitzer zwar nicht; ansonsten aber ist dort das Angebot vorbildlich: Von einer Halbierung der Hundesteuer (außer für Kampfhunde) über etliche kostenlose Angebote des Jugendamts geht es bis zu "Partnerunternehmen" mit Preisermäßigungen wie Kinos, einem Friseurbetrieb oder einem Spielzeugladen.

Wer hat Anspruch auf den Wuppertal-Pass, und wie bekommt man ihn?

Einen Wuppertal-Pass kann man bekommen, wenn man Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII bezieht, wenn man also Arbeitslosengeld II, Hilfe zum Lebens-unterhalt, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung erhält. Ferner sind Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder wirtschaftlicher Jugendhilfe anspruchsberechtigt, und darüber hinaus noch eine nicht genau bekannte Zahl von Personen, deren Einkommen die Sätze der Sozialhilfe nur geringfügig überschreitet.

Die meisten Berechtigten müssen einen Antrag auf den Wuppertal-Pass stellen. Automatisch ausgestellt wird er nur für Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz; alle anderen müssen ihn beantragen. Der Wuppertal-Pass gilt für 12 Monate und muss jedes Jahr neu beantragt werden. Der Antrag ist zu richten an die

Stadt Wuppertal, Ressort Soziale Dienste
Friedrich-Engels-Allee 76, 42285 Wuppertal.

Kulturticket vom Rat abgelehnt

Im Mai 2008 stellte die Fraktion DIE LINKE im Rat einen Antrag, mit dem Inhabern des Wuppertal-Passes ermöglicht werden soll, mehr kulturelle Angebote in der Stadt wahrzunehmen.

Der Antrag mit der Nr. VO/0313/08 lautete: „InhaberInnen des Wuppertal-Passes können für Aufführungen der Wuppertaler Bühnen und des Sinfonieorchesters eine Stunde vor Vorstellungsbeginn die bis dahin nicht verkauften Karten für 3 Euro erwerben.“

Die folgende Begründung stützte den Antrag: „Für BezieherInnen von Sozialleistungen sind die regulären Eintrittspreise nicht zu finanzieren. Die Preisermäßigung ermöglicht nicht nur den Betroffenen eine gewisse Teilhabe am kulturellen Geschehen der Stadt, sondern sorgt auch für eine bessere Auslastung der Spielstätten. Überdies verursacht diese Regelung der Stadt nicht nur keine Kosten, sondern sorgt voraussichtlich für Mehreinnahmen.“

Der Antrag wurde im Rat nicht behandelt, sondern an die zuständigen Ausschüsse verwiesen, war damit also nicht vom Tisch, wie es gewöhnlich mit unseren Anträgen geschieht.

In der Juni-Sitzung legte die Verwaltung dann einen Plan vor, der vom Rat beschlossen wurde. Danach soll für Wuppertal-Pass-Inhaber ein einheitlicher Eintrittspreis von 6 Euro gelten, und zwar für Schauspiel, Oper, Sinfonie-Orchester und Ballett. Das entspricht zwar nicht den 3 Euro unseres Antrags, bedeutet aber wenigstens eine kleine Verbesserung. Nicht praktikabel erscheint der Verwaltung die Regelung mit der Abendkasse, aus uns völlig unverständlichen Gründen. Offenbar findet man leere Plätze besser als besetzte Plätze, für die nur 3 Euro entrichtet werden. Dieses Vorgehen ist um so weniger einzusehen, als die von uns vorgeschlagene Regelung in Berlin seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.

Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste
DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal
Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,
Tel. u. Fax: 0202 - 563-6677
www.ratsfraktion.dielinke-wuppertal.de
E-mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth
August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Jürgen
Köster, Gerd-Peter Zielesinski
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
Auflage: 80000
Redaktionsschluss: 29.9.2008
Die Abgabe erfolgt kostenlos.